

Gute Pflege darf etwas kosten

Entlisberg Der schockierende Vorfall zeigt grundsätzliche Probleme des Pflegewesens auf

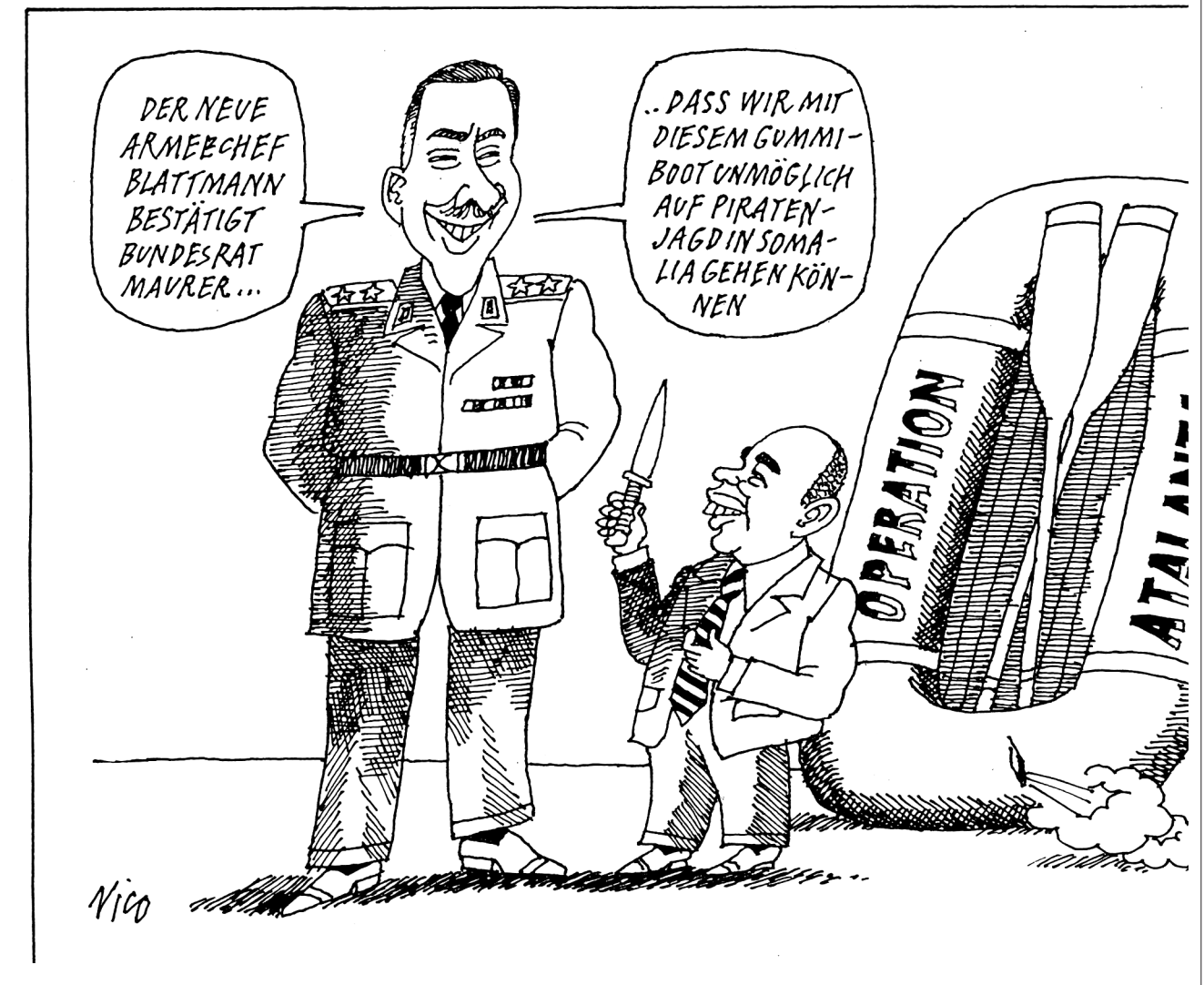


CORINNA HAURI

Der Fall aus dem Zürcher Pflegeheim Entlisberg schreckt auf. Dass Pflegenden Demenzzranke in erniedrigender Weise behandeln und das auch noch filmen, konsterniert. Solches Vorgehen ist nicht zu entschuldigen und darf nicht passieren. Der extreme Fall bringt aber ans Licht, worauf Fachleute schon länger – weitgehend ungehört – hingewiesen haben: Im Pflegewesen läuft einiges schief. Das Pflegepersonal steht ständig unter Stress, hat keine Möglichkeit, einmal eine Auszeit zu nehmen, um danach wieder motivierter seinem Beruf nachzugehen. In der Schweiz gibt es zu wenig Pflegepersonal. Laut dem Spitaldachverband H+ haben drei Viertel seiner Mitglieder Probleme, Personal zu finden. Auf ausgeschriebene Stellen gibt es nur eine oder zwei Bewerbungen. Im Kanton Bern beispielsweise ist jede 15. Stelle im Pflegebereich nicht besetzt. Dies liegt daran, dass die Pflege ein wenig attraktives Berufsfeld ist: unregelmässige Arbeitszeiten, Nachtschichten, Wochenenddienste, Pikettendienste – und das erst noch zu tiefem Lohn. Einem Lohn, der tief ist, weil diese Tätigkeit früher von Nonnen zu Gotteslohn ausgeführt wurde, weil es sich um einen typischen Frauenberuf handelt und weil die öffentliche Hand spart und deshalb den Lohn auch nicht erhöht. Unattraktiv ist aber ein Beruf auch, wenn man weiss, dass nicht alle Stellen besetzt sind und man deshalb die Arbeit der fehlenden Kollegen auch noch erledigen muss. Ein Teufelskreis.

Ein Versuch, die Pflegeberufe attraktiver zu machen, war die Aufwertung der Ausbildung: Angehende Pflegefachleute besuchen nun eine höhere Fachschule. Leider hat aber diese Aufwertung eine negative Nebenwirkung: Viele potenzielle Pflegefachleute werden durch die höheren Anforderungen abgeschreckt oder erfüllen sie gar nicht erst. Und das Problem des mangelnden Pflegepersonals wird sich über die nächsten Jahre nicht lösen, im Gegenteil: Laut Bundesamt für Statistik wird bis 2020 die Zahl der mindestens 65-Jährigen um 400 000 Personen oder über einen Drittel zunehmen. Demgegenüber nimmt die Zahl der unter 64-Jährigen nur um 4 Prozent oder 200 000 Personen zu. Im Jahr 2020 braucht es deshalb 25 000 Pflegekräfte mehr als heute. Nicht eingerechnet sind alle Pflegenden, die bis dann den Beruf aufgeben oder pensioniert werden. Es ist klar: Wir brauchen dringend mehr Pflegepersonal. Um heutige und zukünftige Probleme zu lösen. Aber das Berufsfeld müsste attraktiver werden. Coaching und Supervision könnten helfen, den Druck zu nehmen. Doch das kostet. Zur Attraktivität tragen auch Aus-, Weiter- und Fortbildung bei. Das kostet auch. Attraktiv ist ein Beruf, wenn er gut bezahlt ist. Auch das kostet. Und es kostet auch, integres und gut ausgebildetes Pflegepersonal zu haben. Hohe Kosten sind nie angenehm. Aber wie angenehm ist es, wenn unsere Eltern oder wir selbst eines Tages nicht die notwendige Pflege erhalten, weil das Personal fehlt oder am Anschlag läuft? corinna.hauri@azag.ch

NICOS SEITENST(R)ICH



Das Dilemma der Zipi Livni

Israel Die «Wahlsiegerin» sollte im Interesse des Landes, nicht ihrer Karriere entscheiden



CHRISTIAN NÜNLIST

Zipi Livni hat zwar die Schlacht gewonnen, aber den Krieg verloren. Obwohl die Kadima-Chefin die Knesset-Wahl gewann, darf jetzt Benjamin Netanjahu eine Likud-Koalition basteln. Der Ex-Premier hat gute Chancen, Israels neuer Regierungschef zu werden. Letztlich wird aber Zipi Livni über die politische Zukunft Israels entscheiden. Denn Netanjahu hat signalisiert, dass nur eine starke Mitte-Regierung mit Livnis Kadima und Ehud Baraks Arbeitspartei Israel und den Nahostfrieden voranbringen kann. Die Alternative, eine zersplitterte Rechts-Regierung, wäre hingegen hauptsächlich damit beschäftigt, um ihr politisches Überleben zu kämpfen. Livni steht vor einem Dilemma: Soll sie mitmachen oder draussen bleiben? Am liebsten würde sie Netanjahu die Zusammenarbeit verweigern. Eine Likud-Regierung mit dem Ultrationalisten Lieberman und kleinen Rechts-Parteien würde wohl nicht lange bestehen. Sie käme schnell in Konflikt mit Amerika, denn Barack Obama strebt im Nahen Osten einen Wandel an. Livni könnte zynisch warten, bis Netanjahu scheitert. Bei den nächsten Wahlen würde Livni dann ein stärkeres Mandat erhalten und eine eigene Regierung bilden können. Doch Livni sollte die Grösse haben, das Wohl des Landes vor ihre persönlichen Ambitionen zu stellen. Eine Koalition der Mitte, bestehend aus Likud, Kadima und der Arbeitspartei, wäre für Israel und die Welt am besten. Es wäre eine Plattform der Mässigung, mit Prioritäten wie wirtschaftlicher Stabilität, Kooperation mit den USA und Offenheit gegenüber Friedensverhandlungen. Im Interesse Israels und des Nahostfriedens sollte Livni Hand bieten zu einer solchen «Koalition der Vernunft».

christian.nuenlist@azag.ch

Bundesrat hat versagt

Gastautor Die UBS ist an der verfahrenen Situation selber schuld



PETER V. KUNZ

Gastautoren äussern in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Peter Viktor Kunz, 44, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern und Direktor des Instituts für Wirtschaftsrecht. Aufgewachsen in Dulliken SO, ehemals jüngster Dulliker Gemeinderat und jüngster Solothurner Kantonsrat.

Die sich überstürzenden Ereignisse um die UBS AG und um das Bankkundengeheimnis werfen politische und juristische Fragen auf. Politiker jeglicher Couleur, die wirtschaftsrechtliche Themen während Jahren nicht verstanden oder vernachlässigt haben, bringen sich in Position. Der Verfasser dieses Beitrages ist kein Politiker, sondern ein unabhängiger Rechtsbeobachter. Trotz berechtigter Kritik am aggressiven Vorgehen der USA muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden: Die UBS AG ist selber schuld. Die grösste Bank der Schweiz kann nicht behaupten, sie sei Opfer. Die Probleme in den USA wegen angeblicher Unterstützung zur Steuerflucht sind hausgemacht und wären vermeidbar gewesen. Dass sich die USA in ultimativer Machtpolitik üben, kann keinen Realisten überraschen. Die Vergangenheit (etwa: Insiderverbot, Geldwäscherei, nachrichtlose Konten) hat dies für das Thema Steuerflucht angekündigt. Mehr überraschen muss das teils kopflose und teils rechtsstaatlich unverständliche Verhalten einiger Behörden in der Schweiz. Es entsteht der Eindruck, dass «fast alles erlaubt» ist, wenn es um die UBS AG und um deren unbestrittene Systemrelevanz geht. Beispielsweise hat vor knapp drei Monaten die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine Auffanggesellschaft für «giftige» UBS-Vermögenswerte geschaffen mit Sitz in Bern statt auf den Cayman

Islands. Nach juristischer Ansicht des Unterzeichners erweist sich aber die gewählte Rechtsform der Auffanggesellschaft nicht nur als ungeeignet, sondern schlicht als illegal. Das rechtsstaatliche Trauerspiel geht beim Bankkundengeheimnis weiter. Verschiedene Gerichtsverfahren von UBS-Kunden wegen angeblichen Steuerbetrugs in den USA waren vor Bundesverwaltungsgericht als höchstem Gericht der Schweiz hängig. Die Urteile sollten in den nächsten Tagen gefällt werden. Doch die US-amerikanischen Behörden, die im letzten Jahr die entsprechenden Amtshilfverfahren eingeleitet hatten, wollten nicht länger warten und verlangten ultimativ die Herausgabe der Bankkundendaten. Die zuständigen schweizerischen Behörden setzten sich nicht zur Wehr, sondern agierten sozusagen als Erfüllungsgehilfen für die USA und die UBS AG. Der Vertrauensverlust in den Rechtsstaat Schweiz und in die behördliche Standhaftigkeit ist enorm. Unter rechtlichen Aspekten sind die Finanzmarktaufsichtsbehörde (Finma) sowie der Bundesrat zu kritisieren: Die Finma dient im Prinzip dem Schutz der Bankkunden. Nichtsdestotrotz hat sie die UBS AG angewiesen, hängige Verfahren etwa vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht abzuwarten, son-

Die Finma und der Bundesrat haben in den letzten Tagen rechtsstaatlich versagt, Lob verdient hingegen das Bundesverwaltungsgericht

dern die Kundendaten umgehend an die USA herauszugeben. Die Finma beauftragt sich auf eine Rechtsgrundlage, die bei «drohender Insolvenzgefahr» angerufen werden kann. Ein (unwahrscheinlicher) Entzug der Banklizenz in den USA hätte die UBS AG als globale Universalbank zwar hart getroffen, aber nicht mit dem Konkurs bedroht. Die angerufene Grundlage im Bankengesetz genügt nicht und wurde von der Finma vermutlich vorgeschoben. Kaum überraschend werden die Finma und deren Präsident nunmehr mit Anzeigen konfrontiert. Durch diese neuen

Verfahren, die rechtlich nachvollziehbar erscheinen, werden Zeit und Energie aufseiten der Finma vergeudet – und eigentlich gäbe es Wichtigeres zu tun. Rechtsstaatlich inakzeptabel ist zudem, wenn sich der Bundespräsident in hängige Gerichtsverfahren einmischte und in den Medien erklärt, dass es sich um «offensichtliche Steuerbetrüger» handle – notabene vor einem rechtskräftigen Urteil. Ein Bundesrat sollte die Gewaltenteilung verstehen. Schliesslich muss die Unschuldsumutung als Basis eines Rechtsstaates nicht nur für (angebliche) Räuber, Mörder und Kinderschänder gelten, sondern ebenfalls für Personen, denen Steuerflucht in die Schweiz vorgeworfen wird. Die Finma und der Bundesrat haben in den letzten Tagen rechtsstaatlich versagt. Lob verdient das Bundesverwaltungsgericht, das an einem Freitagabend innerhalb von drei Stunden superprovisorische Verfügungen gegen die Datenherausgabe erliess. Dass die Finma diese Kundendaten schon Tage vorher an die USA ausgeliefert hat, kann zumindest den Richtern nicht vorgeworfen werden. Rechtsstaatliche Verbesserungsmöglichkeiten liegen nahe. Beispielsweise sollten eine juristisch saubere «Notfallklausel» im Bankengesetz aufgenommen und Verfahrensbeschleunigungen gesetzlich vorgesehen werden. Dass die Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung bei Amts- und Rechtshilfe aufgehoben wird, macht rechtspolitisch Sinn. Schliesslich dienen aber nicht Paragraphen allein dem Rechtsstaat, sondern vielmehr Menschen. Ein Fazit angesichts der jüngsten Vorkommnisse: Mehr Fachkenntnisse, mehr Unabhängigkeit und mehr Rückgrat wären gerade in Krisensituationen wünschenswert. Dies sollte in Zukunft bei Personalentscheiden – etwa bei Wahlen in die Finma oder in die neue «Taskforce» – verstärkt berücksichtigt werden. Leider ist kaum damit zu rechnen, dass die Politiker aus der Vergangenheit lernen werden. Das politische Gedächtnis erscheint kurz.